

LEITARTIKEL

Eine Klammer für die Gesellschaft

Das neue Wahlprogramm der SPD passt sowohl zur Partei als auch zum Spitzenkandidaten

Olaf Scholz haben den Charme einer Büroklammer, spotten manche in der SPD. „Na und – die Deutschen mögen Büroklammern“, entgegnet andere.



TOBIAS PETER
ksta-politik@
dumont.de

Kandidat braucht. Diesmal könnten – je nach Koalition – 23 Prozent ausreichen, um Kanzler zu werden.

Scholz steht allerdings vor einem Widerspruch, den er kaum auflösen kann. Einerseits stellt er als Kandidat ein Angebot an bisherige Merkel-Wähler dar. Andererseits ist die Machtoption, mit der er es noch am ehesten ins Amt schaffen könnte, eine, die diesen Wählern wenig behagen dürfte: eine Koalition mit Grünen und Linken.

Deutschland befindet sich in einem Wahljahr, in dem die Menschen zunehmend realisieren werden, dass Kanzlerin Angela Merkel tatsächlich nicht noch einmal antritt. Auch wenn noch nicht klar ist, mit wem an der Spitze Union und Grüne in die Wahl ziehen, so ist bereits jetzt sicher: Die SPD hat mit Scholz den Kandidaten mit der größten Erfahrung. Er kann Stabilität in der Corona-Krise verkörpern und steht wie kein anderer für Merkmals Wahlspruch „Sie kennen mich“.

Das Problem ist: Scholz hat für diese Art von Kampagne nicht den richtigen Gegner. Gegen Friedrich Merz hätte er sich als wahrer Erbe Merkels in Szene setzen können. Doch der neue

Das Programm, das Scholz jetzt vorgelegt hat, passt sowohl zur Partei als auch zum Kandidaten. Anders als etwa Peer Steinbrück hat Scholz sich nie im Wesentlichen gegen die Partei profiliert. Die SPD will einen stärkeren Beitrag der Vermögenden zum Gemeinwesen und den Mindestlohn erhöhen. Sie will die wirtschaftlichen Potenziale der Digitalisierung nutzen und zugleich die Arbeitnehmer vor Entgrenzung schützen. Sie will die Industrie stärken und den Klimawandel bekämpfen.

Es ist der Versuch der SPD, noch einmal mit dem klassischen Ansatz einer Volkspartei um Wähler zu werben. Um erfolgreich zu sein, muss die SPD sowohl die Arbeiterklientel als auch diejenigen, die es auch mit Hilfe ihrer Bildungspolitik an die Universitäten geschafft haben, mobilisieren. Ein faires Angebot an die wirtschaftlich Schwächsten gehört ebenso zur DNA der Sozialdemokratie.

Viele werden sagen: Die Grünen tun mehr fürs Klima, die Linke will Hartz IV entschiedener überwinden. Die SPD will eine Klammer für die Gesellschaft sein. In diesem Jahr ist es an den Wählerinnen und Wählern zu sagen, ob sie der SPD diesen Job noch zutrauen.

„Scholz hat sich nie im Wesentlichen gegen die Partei profiliert“

CDU-Chef Armin Laschet verschreckt keine Wähler in der Mitte. Und der CSU-Vorsitzende Markus Söder überlegt – ganz nach Merkmals Art – immer neu, wo er SPD und Grünen ein Thema wegnehmen kann. Ohnehin müsste die SPD erst mal wieder an den Grünen vorbeiziehen.

Trotz alledem könnte man Scholz jederzeit nachts um drei wecken und er würde sagen, dass er Kanzler werden kann. Man kann das für Hybris halten, aber es ist die Einstellung, die ein

KOMMENTAR

Zettelwirtschaft hilft nicht

Impflogistik in NRW muss digitaler werden

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) will jetzt impfen, „was das Zeug hält“. Das ist dringend notwendig. Da die Kontaktbeschränkungen und die Schließung von Handel und Gastronomie angesichts der ansteigenden Inzidenzen im Ergebnis wohl für die Katz waren, ist der Ausblick auf einen möglichst schnellen Impftermin für viele der einzige Hoffnungsschimmer.



GERHARD VOOGT
gerhard.voogt@
dumont.de

Impfdrängler von der schlechten Impflogistik profitieren oder der kostbare Stoff am Ende wegwerfen werden muss.

Bei der Impflogistik kann der Einsatz digitaler Technik wertvolle Unterstützung leisten. In Duisburg werden Impfstoffe bereits mit einer Software namens „Impfbrücke“ per SMS an Impfwillige verteilt. Das Projekt sollte zum Vorbild für NRW werden. Automatisierte Vorgänge laufen präziser und schneller ab. Anrufe in Callcentern und postalische Rückmeldungen sind aus der Zeit gefallen. Auch Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann fasst die Digitalisierung des Impfprozesses mit spitzen Fingern an. Das könnte ein fataler Fehler sein. Spätestens im Sommer, wenn die große Impfwelle für alle rollt, hilft die Zettelwirtschaft nicht weiter.

Nicht der Blick auf Grenzwerte, sondern allein das Tempo der Impfungen wird entscheiden, wie schnell die Menschen wieder zu einer Art Normalität zurückkehren können. Da der Impfstoff aber viel zu knapp ist und die Zahl der Berechtigten steigt, wird es zunehmend komplexer, eine gerechte Abfolge zu organisieren. Es darf nicht sein, dass



Heiko Sakurai

INTERVIEW

„Gute Gründe haben sehr viele“

Der Staatsrechtler Thorsten Kingreen hält nichts davon, die einmal festgelegte Impfreihenfolge zu ändern



THORSTEN KINGREEN

ist Professor für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht an der Universität Regensburg

Herr Professor Kingreen, die Reihenfolge der Corona-Impfungen in Deutschland ist an eine politisch festgelegte Priorisierung besonderer bedürftiger Gruppen gekoppelt. Lehrerinnen oder Erzieher standen bislang nicht oben auf der Liste, obwohl Schulen und Kitas jetzt mehr und mehr öffnen. Der Impfstoff der Firma Astrazeneca durfte bislang nur an jüngere verimpft werden, fällt also für die höher priorisierten Älteren aus. Passen die Regeln noch zur Realität?

Die Diskussion darüber kommt zur Unzeit. Man hätte sie im vorigen Jahr führen und die Priorisierung dann in einem Parlamentsgesetz statt in einer Verordnung regeln sollen. Ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren beteiligt die Opposition, ermöglicht Partizipation der Zivilgesellschaft durch Anhörungen von Verbänden und Qualitätssicherung des Rechts durch Beteiligung von Sachverständigen. In der Verfassungsrechtswissenschaft wird es verbreitet für verfassungswidrig erachtet, dass die Priorisierung nicht durch ein Gesetz erfolgt ist. Stattdessen lädt man normativ-ethische Entscheidungen bei der Ständigen Impfkommission ab, die dafür überhaupt keine Legitimation hat.

Warum sollte man angesichts neuer Lagen und Erfordernisse einmal getroffene Entscheidungen nicht noch einmal neu diskutieren und dann womöglich auch revidieren?

Es ist für das Vertrauen in die Impfgerechtigkeit nicht besonders günstig, wenn jede Woche eine andere Gruppe mit mehr oder weniger guten Gründen fordert, vorrangig geimpft werden zu werden. Vorletzte Woche waren es die Vertragsärzte, diese Woche die Lehrkräfte und irgendwann wird auch jemand auf die Idee kommen, dass jetzt mal Hochschullehrer geimpft werden müssten.

„Wer sagt, »wir sollten eher dran sein«, müsste auch sagen, wer sich dann dafür weiter hinten anstellen muss“

Das Festhalten am Bestehenden ist eine Frage der Opportunität mit Blick auf den gesellschaftlichen Frieden?

Es darf jedenfalls nicht der Eindruck entstehen, dass sich die durchsetzen, die am lautesten schreien oder die stärkste Lobby haben. Und wer jetzt sagt, „wir sollten eher dran sein“, der müsste eigentlich auch dazusagen, wer sich dafür dann weiter hinten anstellen muss. Ganz konkret: Jede Veränderung in der Impfabfolge ginge – sofern es nicht den Impfstoff von Astrazeneca betrifft – zulasten der 70- bis 79-Jährigen, die nach den geltenden Regeln jetzt an

sich an die Reihe kämen. Dafür gibt es auch sehr gute Gründe, denn das Lebensalter ist nach wie vor das größte Risiko für schwere beziehungsweise tödliche Verläufe. Damit ich nicht missverstanden werde: Lehrkräfte haben ja durchaus gute Gründe für ihren Ruf nach vorrangiger Impfung. Aber gute Gründe haben im Moment sehr viele. Zu viele, solange es nicht ausreichend Impfstoff gibt.

Der Impfstoff von Astrazeneca erweist sich als Ladenhüter.

Aber wenn jemand sich danach drängelt, drohen hohe Strafen. Wie passt das denn zusammen?

In dieser Phase der Impfstoffknappheit kann es nicht sein, dass Menschen meinen, sie könnten sich den Impfstoff aussuchen. Ich halte das für hochproblematisch, gerade mit Blick auf diejenigen, die gerne geimpft werden würden, aber noch nicht dran sind. Wir werden die Pandemie doch als Gesellschaft nur in den Griff bekommen, wenn möglichst schnell möglichst viele Menschen geimpft werden. Impfstoffe wie Astrazeneca, die bislang für Ältere nicht empfohlen werden, können bereits nach geltendem Recht an Menschen aus der Prioritätsgruppe 2 verimpft werden. Dazu gehören jetzt auch Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen und das Kita-Personal. Die Hauptschwierigkeit mit Astrazeneca ist ja ohnehin nicht, dass ihn manche Leute nicht haben wollen, sondern dass man offenbar nicht darauf vorbereitet war, flächendeckend bereits Personen aus der Prioritätsgruppe 2 zu impfen. Aber auch das ist eben ein Anwendungsproblem und nicht eine Frage der Änderung des geltenden Rechts.

Und die „Impfdrängler“?

Hier besteht Regelungsbedarf. Alle Impfzentren und alle sonstigen impfenden Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser und Pflegeheime müssen verpflichtet werden, Wartelisten zu führen. Damit stellt man sicher, dass bei übrig gebliebenem Impfstoff diejenigen geimpft werden, die dran sind und nicht „rein zufällig“ Bischöfe, Bürgermeister, Amtsleiter oder Geschäftsführer von Pflegeeinrichtungen inklusive Familienmitgliedern.

Wie vor einigen Tagen im Fall des zurückgetretenen FDP-Landtagsabgeordneten Ralph Bombis und seines „Umfelds“.

Das ist nicht nur unanständig, sondern auch rechtswidrig. Bei Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen benötigen wir daher dringend Dokumentationspflichten, die verhindern, dass Personal ohne unmittelbaren Patientenkontakt geimpft wird. Das bedeutet zwar einen Zusatzaufwand. Aber wenn nach wie vor täglich Menschen sterben, weil sie nicht rechtzeitig Impfstoff bekommen, sollte es uns das wert sein.

Das Gespräch führte Joachim Frank

KOMMENTAR

Die vergessene Katastrophe

Der vom Bürgerkrieg gezeichnete Jemen braucht Hilfe

VON DANIELA VATES

Das Geld ist das Mindeste. Der Bürgerkrieg im Jemen dauert seit Jahren an. Er hat das Land schwer gezeichnet. Über die Hälfte der Bevölkerung ist auf Nahrungsmittel-Hilfe angewiesen, Hunderttausende Kinder hungern. Die Uno spricht von der größten humanitären Katastrophe weltweit.

Es ist das Mindeste, hier zu helfen, und nicht wie im vergangenen Jahr die Uno mit ihrem Flehen nach Unterstützung alleine zu lassen: Nur etwa die Hälfte der damals benötigten drei Milliarden Euro kamen da zusammen – in einem Jahr, in dem Länder für die Corona-Hilfe dreistellige Milliardensummen ausgaben. Es war eine Schande.

Der Jemen-Konflikt ist einer, der leicht vergessen oder verdrängt wird – die Pandemie hat dies noch verstärkt. Es mag an der Vielschichtigkeit der Auseinandersetzung liegen. Der Bürgerkrieg, in dem sich regionale und ethnische Konflikte mischten, wird verstärkt und verlängert durch das Eingreifen des Iran auf Seite der Huthi-Rebellen und Saudi-Arabiens auf der Seite der Regierungskoalition. Es geht um den Einfluss in einer hoch fragilen Region.

Immer wieder hat es Anläufe zur Befriedung gegeben, immer wieder sind sie gescheitert. Das ist kein Grund, die Bemühungen aufzugeben. Die Einstellung von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien, wie sie die USA nun angekündigt hat, kann ein Schritt dazu sein. Weil die USA dem Iran wohl kaum einen Triumph überlassen wird, dürften Friedensverhandlungen schwierig genug werden. Aber die Kräfte dafür müssen gesammelt werden. Das Zuschauen, das Verdrängen und das Vergessen sind keine Option.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.

Chefredakteur: Carsten Fiedler, Stellvertreter: Lutz Feierabend, Dr. Sarah Brasack.

Head of Digital: Martin Dowidit, Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).

Chefkorrespondent: Joachim Frank, Köln; Christian Hümmeler (Leitender Redakteur); Landeskorrespondenten:

Gerhard Voogt (Leitender Redakteur), Frank Olbert (Bildung); Newsteam: Benjamin Quiring, NRW/Story: Detlef Schmalenberg; Wirtschaft: Thorsten Brettkopf; Sport: Christian Löber; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meysner; Reportage/Wochenende: Claudia Lehnen; Chefredakteur: Peter Berger, Karlheinz Wagner;

Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Klaus Schröder; Regioedit: Michael Greuel, Christine Badke. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtdirektor: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.

Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribyl; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damir Fras; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.

Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, kna

E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, 50590 Köln, Neven DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.

Verlags-Geschäftsführer: Karsten Hundhausen, Birgit Rollesbroich.

Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland.

Das Bezugs-geld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. Januar 2021 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service: Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-2332 E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Anzeigen-Service: Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-2491 E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de